

## **Generaldelegation Palästinas**

### **Bürger dritter Klasse**

Der Journalist Rosso Vincenzo berichtet im Folgenden über die gezielte Diskriminierung arabischer Israelis. Mit der Diskriminierung einher geht auch die regelmäßige Massenvertreibung sowie die Beschlagnahmung Hunderter Quadratkilometer Land, die Vincenzo ausführlich dokumentiert.

In der arabisch-israelischen Hafenstadt Jaffa südlich von Tel Aviv demonstrierten Ende vergangener Woche mehr als 1500 arabische Israelis zusammen mit jüdisch-stämmigen Aktivisten gegen die drohende Vertreibung von 300 palästinensischen Familien aus dem arabischen Stadtteil Ajami in der Altstadt von Jaffa sowie gegen die Konfiszierung der Hälfte des einzigen moslemischen Friedhofs der Stadt. Das Protestspektrum reichte von islamischen Gruppen über Fatah-nahe Kreise bis zur israelischen KP und den »Anarchists against the Wall«. Unter den Demonstranten waren auch mehrere Abgeordnete des israelischen Parlaments, der Knesset. Hintergrund der seit Wochen andauernden Proteste ist die aufgestaute Wut über die gezielte Diskriminierung der verbliebenen arabischen Einwohner Israels.

Sami Abu Shade, einer der Organisatoren des Protests, sagte bei der Veranstaltung: »Die Regierung behauptet, daß das nichts mit Diskriminierung zu tun hat und daß man dem freien Markt keine Knüppel zwischen die Beine werfen könne. Aber seit 1948 haben sie Hunderte Quadratkilometer Land beschlagnahmt und nur eine einzige arabische Stadt errichtet: Rahat für die Beduinen der Negev-Wüste.«

Vor der Massenvertreibung durch die zionistischen Milizen Haganah und Irgun 1948 lebten 70000 Palästinenser in Jaffa. Nach der Zerstörung von 700 Dörfern und der Flucht von 700000 Menschen in die Nachbarländer schrumpfte ihre Zahl auf 4000. In ganz Israel machen die 1,2 Millionen arabischen Einwohner aufgrund der hohen Geburtenrate heute wieder 20 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Adel Manna zufolge, der am renommierten Jerusalemer Van-Leer-Institut das Zentrum zum Studium der arabischen Gesellschaft in Israel leitet, wurden sie allerdings zu »Bürgern dritter Klasse«. »90 Prozent der israelischen Palästinenser leben in arabischen Städten und Dörfern, in denen die Gemeindeverwaltung die wichtigste Einkommensquelle bildet. Die Arbeitslosigkeit erreicht 20 Prozent, das ist mehr als das Doppelte des landesweiten Durchschnitts, und die den Arabern vorbehaltene Infrastruktur bewegt sich auf dem Niveau eines Entwicklungslandes.«

Das bestätigt auch eine Recherche von Yoav Stern, die die linksliberale Tageszeitung Haaretz am Sonntag veröffentlichte. Dort heißt es: »Das Bildungsniveau der Araber hinkt 20 Jahre hinter dem des restlichen Israel her.« Dem Zentralen Büro für Statistik zufolge beträgt auch bei arabischen Akademikern die Arbeitslosenquote 12,5 Prozent gegenüber nur 3,5 Prozent bei ihren jüdischen Kollegen. Diejenigen, die Arbeit bekommen, müssen sich häufig mit zwei oder drei Jobs gleichzeitig durchschlagen und verdienen dabei oftmals weniger als 4000 Schekel (720 Euro) im Monat. Arabische Universitätsdozenten stellen nur ein Prozent des Lehrpersonals. Professor Jeff Halper, Leiter des Israelischen Komitees gegen die Häuserzerstörung (ICAH), kämpft seit Jahren dagegen, daß die 20 Prozent arabische Bevölkerung auf 3,5 Prozent des Staatsgebietes zusammengedrängt werden. Einen Grund dafür sieht er darin, daß 93 Prozent des Bodens von der Israel Land Administration und dem Jüdischen Nationalfonds verwaltet würden, die nur Juden Bewilligungen erteilen.

Schon einmal gab es Ansätze zu einem breiten Widerstand gegen diese Zustände. Der allerdings wurde blutig unterdrückt. Als im Oktober 2000 Tausende arabische Israelis Solidaritätsdemonstrationen mit der soeben begonnenen 2. Intifada veranstalteten, erschossen israelische Polizisten 13 von ihnen und verletzten Dutzende weitere. Die Ermittlungen gegen die Verantwortlichen wurden vor kurzem eingestellt. Dafür müssen sich demnächst jüdische und arabische Studenten der Universität Haifa vor einem Disziplinargericht verantworten, weil sie am 20. Februar 2008 eine friedliche Gedenkveranstaltung für die Opfer organisierten und gegen die Straffreiheit der staatlichen Morde protestierten.

**Quelle: Junge Welt; 02. April 2008, Beitrag vom 02.04.2008**

